

Die Grundsteuer steigt 2011 auf 395 Prozentpunkte

CDU, Grüne und FDP stimmen für umstrittene Steueranhebung

Maintal (leg). – Hitzig und emotional ging es am Montagabend – wie bereits berichtet – bei der letzten Stadtverordnetenversammlung des Jahres zu. SPD und Wahlalternative Maintal (WAM) attackierten CDU, FDP und Grüne scharf, weil diese die Haushaltsvorlage des Magistrats mittragen und auch für die Anhebung der Grundsteuer B von 350 auf 395 Prozentpunkte votierten. Diese Steuererhöhung wird zum 1. Januar 2011 wirksam und trifft nicht nur die Besitzer von Häusern und Eigentumswohnungen, sondern ebenso Mieter – denn in der Regel legen die Eigentümer die Grundsteuererhöhung auf die Miete um. Im Fokus der Kritik der Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Kaiser (SPD) und Jörg Schuschkow (WAM) stand dabei die FDP, die noch im vergangenen Jahr die bereits damals geplante Erhöhung der Grundsteuer abgelehnt und damit zu Fall gebracht hatte.

Auch diesmal sprachen sich die Liberalen zunächst gegen die Steuererhöhung aus, die sie nun aber für unumgänglich halten, so ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Dieter Fritz. Die Liberalen wiesen am Montag auch darauf hin, dass sie in den Gesprächen mit CDU und Grünen eine Reduzierung der Erhöhung von 420 auf 395 Prozentpunkte durchgesetzt hätten. Allerdings war die FDP als selbst ernannte Steuersenkungspartei in den Bundestagswahlkampf 2009 gegangen. Davon ist nun auch in Maintal keine Rede mehr.

Bei der Abstimmung über die Grundsteueranhebung votierten CDU, Grüne und FDP dafür, während SPD und WAM bei ihrer ablehnenden Haltung blieben. Zuvor war der Antrag der WAM, die Grundsteuer auf 350 Prozentpunkte festzuschreiben, an der „Jamaika“-Mehrheit gescheitert. Diese verabschiedete am Ende der Parlamentssitzung dann auch den vom CDU-geführten Magistrat vorgelegten Haushaltsentwurf sowie ebenso das Konsolidierungsprogramm mit wenigen Änderungen gegen die Stimmen der Sozialdemo-

kraten und der Wahlalternative. Die Vertreterin der rechtsgerichteten, so genannten „Republikaner“ enthielt sich.

Zu der im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung umstrittenen Reduzierung der Budgets der städtischen Fachbereiche um zehn Prozent gab es keine Konkretisierungen, in welchen Bereichen genau eingespart werden soll. Dies hatten SPD und WAM vehement gefordert. Und auch die FDP war zunächst der Meinung gewesen, der Magistrat müsse sagen, wo exakt Kosten reduziert werden sollen. Von diesem Ansinnen waren die Liberalen bekanntlich am vergangenen Freitag abgerückt, wofür sie nun von Sozialdemokraten und Wahlalternative als „Umfaller-Fraktion“ bezeichnet werden.

CDU, Grüne und Liberale stimmten bei der Ergänzung des Konsolidierungsprogramms dafür, die städtischen Fachbereiche aufzufordern, „Vorschläge für Budgetverbesserungen in Höhe von zehn Prozent zu erarbeiten. Dabei sind gesetzliche und vertragliche Vorgaben einzuhalten. Sofern Änderungen in der Leistungsbeschreibung und in Satzungen vorgeschlagen werden, sind diese den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Personalplanung und -verantwortung wird den Fachbereichsleitern übertragen. Können die Zielvorgaben nicht erfüllt werden, haben die Fachbereiche die Gründe hierfür darzulegen. Das weitere Vorgehen hat dann die Stadtverordnetenversammlung festzulegen.“

Die SPD hatte in einem Änderungsantrag gefordert, dass der Magistrat die zehn Prozent Einsparungspotenziale detaillierter als bisher aufzeigen solle. Das bezogen die Sozialdemokraten vor allem auf die Produktbereiche „Kultur und Sport“ beziehungsweise „Kinder, Familie und Jugend“. Im letzteren Budget sollen zum Beispiel allein über 700 000 Euro eingespart werden.

Weitere Berichte auf